

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Jörg Leichtfried, Mag.^a Andrea Kuntzl,
Genossinnen und Genossen

betreffend Rettung österreichischer Arbeitsplätze und Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

eingebraucht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage der Abgeordneten KO Herbert Kickl und weiterer Abgeordneter an den Bundesminister für Finanzen betreffend Schluss mit dem Milliardengrab für eine falsche Asyl-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik in Österreich und Europa – Österreich braucht jedem Euro für die Opfer des schwarz-grünen Corona-Desasters!

Begründung

Die völlig verfehlte Krisenpolitik der österreichischen Bundesregierung hat die höchste Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Zweiten Republik verursacht. Im September 2020 waren 408.853 Menschen (inkl. Schulungen) arbeitslos. Das ist die höchste September-Arbeitslosigkeit in Österreich seit Beginn der Aufzeichnungen. Noch nie waren im September mehr als 400.000 Menschen arbeitslos.

Zweifelsohne ist der Anstieg teilweise auf die Corona Krise zurückzuführen, aber eben nicht ausschließlich. In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit coronabedingt auch gestiegen. Deutschland ist aber weit weg von der höchsten Arbeitslosigkeit der Nachkriegsgeschichte. Die Arbeitslosigkeit im September 2020 liegt in Deutschland beispielsweise deutlich unter dem Wert während der Weltwirtschaftskrise 2009.

Die Leidtragenden sind die Menschen in Österreich. Besonders stark betroffen sind ältere Arbeitslose, Langzeitarbeitslose und Jugendliche.

Durch Österreich rollt bereits eine Pleite- und Betriebsschließungswelle. Viele Betriebe kündigen eine große Zahl an Mitarbeitern - MAN, Swarovski, ATB, Mayer-Melnhof und viele mehr und die Liste wird von Tag zu Tag länger.

Die Arbeitslosigkeit von Frauen verfestigt sich derzeit stärker als bei Männern. Frauen haben es wesentlich schwerer – auch aufgrund ihrer Betreuungspflichten – wieder einen Job zu finden. Deshalb ist es erforderlich, dass die AMS-Budgetmittel zumindest zur Hälfte für Frauen aufgewendet werden.

Für das kommende Budget kann es daher nur ein (übergeordnetes) Ziel geben – die Rettung österreichischer Arbeitsplätze und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Alle anderen budgetpolitischen Maßnahmen haben sich diesem großen Ziel unterzuordnen – jeder Bereich und jedes Ressort muss zusehen, was der jeweilige Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein kann.

Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine menschliche Tragödie, sondern auch die höchste Belastung für das Budget.

Die Sanierung des Budgets und die Frage, ob man zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückkehren kann, hängt fundamental an der Frage, ob man es schafft, die Arbeitslosigkeit wieder zu reduzieren.

200.000 Arbeitslose kosten der öffentlichen Hand - inkl. negativer Effekte wie Steuerentfall - 6 Milliarden Euro jährlich.

Das Budget muss daher die in Zahlen gegossene Politik zur Abwehr von Rekordarbeitslosigkeit und Kündigungswellen sein.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, im kommenden Budget sicherzustellen, dass der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Rettung österreichischer Arbeitsplätze zur absoluten Top-Priorität werden. Dazu sind im Budget folgende Maßnahmen vorzusehen:

- 1. Die höchsten Investitionen in der Geschichte der 2. Republik (etwa in den Bereichen Wohnbau, Klimaschutz, thermische Sanierung). Dazu sind mindestens 2 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen pro Jahr im Bundesbudget zu veranschlagen.*
- 2. Beschäftigungsprogramme nach Vorbild der Aktion 20.000 für Menschen mit schlechten Jobaussichten, umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen (Ausbau Fachkräftestipendien insbesondere im Bereich Pflege), eine Lehrlingsgarantie für junge Menschen, sowie frisches Geld für frauenspezifische Förder- und Beschäftigungsprogramme im Rahmen des AMS.*
- 3. Eine Koppelung von Wirtschaftshilfen für Unternehmen (wie z.B. beim Fixkostenzuschuss) an den Erhalt von Arbeitsplätzen.*
- 4. Ankurbelung des Konsums durch eine spürbare Steuersenkung um 1.000 Euro pro Jahr für kleine und mittlere Einkommen, sowie eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70% des letzten Einkommens.*
- 5. Absicherung des Gesundheitssystems durch eine Ausfallhaftung des Bundes in Zeiten von Corona, sowie eine Gesundheitsmilliarde um den Leistungsausbau zu garantieren.*
- 6. Sicherstellung einer gerechten Krisenfinanzierung durch eine Millionärsabgabe, sowie eine Solidarabgabe für Online-Konzerne.“*

